

**Eine nachhaltige  
10-Millionen-  
Schweiz**

Als die SVP mitten im Wahlkampfsummer 2023 die «Nachhaltigkeitsinitiative» lancierte, war sie noch komplett grün gefärbt. Man benötige die Bevölkerungsbegrenzung auf zehn Millionen «zum Schutz unserer Umwelt, unserer Lebensqualität, unseres Wohlstandes sowie für eine sichere Zukunft für uns und unserer Kinder,» hiess es damals noch.<sup>1</sup> Inzwischen bereitet das Thema Umwelt der Schweizer Bevölkerung etwas weniger Sorgen.<sup>2</sup> Es dient heute der medialen Anstiftung von Kulturkampf und triggert alle von der FDP bis zu den autoritären Rechten. Gleichzeitig hat die europaweite Stimmungsmache der extremen Rechten gegen Migrant:innen gewirkt und ihnen einige Wahlerfolge eingebracht. Konsequenz: Von der Umwelt und der Zukunft unserer Kinder hört man aufseiten der SVP nichts mehr. Umso schriller sind dafür ihre

1 SVP: Lancierung eidgenössische Volksinitiative – «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)», 4. Juli 2023, <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/lancierung-eidgenoessische-volksinitiative-keine-10-millionen-schweiz-nachhaltigkeits-initiative/>.

2 SRF News: Sorgenbarometer: Die finanziellen Sorgen sind grösser geworden, 12. Dezember 2024, online: <https://www.srf.ch/news/schweiz/sorgenbarometer-gesundheitsfragen-beschaeftigen-in-der-schweiz-stark>.

Warnungen vor der «masslosen Zuwanderung». Die Natur wird höchstens noch in einem Verwirrspiel rund um das Nein der Stimmbevölkerung zum Autobahnausbau im November 2024 bemüht: Das Volk wolle die Natur nicht zubetonieren, weil es schon heute zu viele Ausländer:innen auf den Strassen gebe.<sup>3</sup> Märchenstunde mit der SVP.

Die SVP, die das Umweltargument von Anfang an als halbherzigen Vorwand für ihre Abschottungsinitiative benutzt hatte, wird diese Schiene im Abstimmungskampf voraussichtlich nicht mehr fahren.

Viel mehr spielt die SVP heute auf ihrem traditionellen Themenfeld: Es gebe zu viele Menschen in der Schweiz – in den Badis, im ÖV und auf dem Wohnungsmarkt. Schuld sei die Zuwanderung. Die Diskussion um die Verdichtung der Schweiz wird so rechtskonservativ und nicht (mehr) entlang eines ökologischen Narrativs geführt.

Dieser Beitrag diskutiert zuerst, wieso die Initiant:innen der «Nachhaltigkeitsinitiative» in ökologischen Fragen nicht glaubwürdig sind und wie das progressive Lager gegen die Initiative mobilisieren sollte. Am Beispiel von Raumplanung, Mobilität und Biodiversität zeigt der Text dann auf, dass nicht die Zuwanderung, sondern die ökonomische Ungleichheit eine nachhaltige Schweiz verhindert. Der Beitrag schliesst mit einer eigenen solidarischen und gerechten Version der nachhaltigen Schweiz. Diese richtet sich gegen nationale Grenzen für globale Probleme und plädiert für eine humanistische statt einer konservativen Ökologie.

3 SVP: Nein zur Autobahn-Entlastung – jetzt ist die Mineralölsteuer zu senken und die masslose Zuwanderung zu stoppen!, 24. November 2024, <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/nein-zur-autobahn-entlastung-jetzt-ist-die-mineraloelsteuer-zu-senken-und-die-masslose-zuwanderung-zu-stoppen/>.

## Mobilisierung gegen die Pseudoökologie der SVP

Vor gut zehn Jahren wurde die SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung» mit 50,3 Prozent der Stimmen angenommen. Dieses Trauma wirkt bei den progressiven Kräften bis heute nach und prägt weiterhin unsere Strategien gegen die migrationsfeindliche Politik der SVP. Dass das Zusammenspannen der Linken mit Vertreter:innen der Wirtschaft 2014 nicht ausreichte, um den Isolationismus der SVP zu besiegen, ist besorgniserregend. Aber eine detaillierte Analyse der Ereignisse vom 9. Februar 2014 zeigt, dass ein Abstimmungssieg dieses Mal möglich ist, wenn wir aus den Gründen für die damalige Niederlage die richtigen Schlüsse ziehen.

Erstens war die Mobilisierung aufseiten der Gegner:innen der «Masseneinwanderungsinitiative» besonders schwach, während die SVP es schaffte, ihre Basis an die Wahlurnen zu bringen: «Gemäss Modellrechnung kann geschlossen werden, dass die Beteiligung unter Personenfreizügigkeit-Skeptikern um 7 Prozentpunkte grösser war als unter Öffnungs-Befürwortern. Ohne diese asymmetrische Mobilisierung des konservativen Lagers, wäre die Zustimmung zur MEI bei 47 statt bei 50 Prozent gelegen.»<sup>4</sup>

Zweitens wurde das Hauptargument der Gegenkampagne – dass die Schweiz eine Abschottung gegenüber der EU riskiere – von der Stimmbevölkerung nicht ernst genommen: «Das Hauptargument der Gegnerschaft, die Beschränkung der Einwanderung ‹verstosse gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und werde die Kündigung der bilateralen Verträge nach sich ziehen›, besass weniger Überzeugungskraft.»<sup>5</sup> Die SVP hatte

4 M. Hermann: Politgeografische Studien zur Masseneinwanderungsinitiative, Zürich 2014.

5 P. Sciarini/A. Nai/A. Tresch: Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar 2014 – VOX Analyse, Bern/Zürich, 2014.

leichtes Spiel: Sie konnte behaupten, dass Verhandlungen mit der EU im Nachgang zur Abstimmung ausreichen würden, um die bilateralen Verträge zu retten, weil die Frage der Konsequenzen einer Annahme der «Masseneinwanderungsinitiative» für die bilateralen Verträge im Initiativtext absichtlich offengelassen worden waren.

Gegner:innen der migrationsfeindlichen SVP-Politik sollten dieses Mal eher auf Basis der Migrationsfeindlichkeit und Unmenschlichkeit der «Nachhaltigkeitsinitiative» als mit Argumenten zu den Herausforderungen im Bereich Wohnen oder Verkehr mobilisiert werden. Wohnen und Mobilität gehören auch unter linken Wähler:innen zu den Sorgenthemen und auch sie verbinden Bevölkerungswachstum mit negativen Entwicklungen in diesen Bereichen.<sup>6</sup> Gegenargumente, die wir auch in diesem Sammelband finden, sind inhaltlich zudem nicht einfach zu transportieren. Nicht zuletzt ist die Linke meist gar nicht in der Lage, ihre Lösungen in den erwähnten Bereichen umzusetzen, weil ihr die politischen Mehrheiten fehlen. Es handelt sich also um keine einfache Ausgangslage für die Mobilisierung gegen die «Nachhaltigkeitsinitiative».

Es muss deshalb viel eher ein *Kampf der Werte* als eine komplexe technische Debatte über Raumplanung, Verkehrsverlagerung oder Mietzinskontrollen angestrebt werden, um eine entschlossene, klare Botschaft an unsere Basis zu senden.

6 Wie alle Wähler:innen verbinden auch Wähler:innen linker Parteien Bevölkerungswachstum mit Herausforderungen in der Wohn- und Verkehrspolitik. Gleichzeitig lehnen nur die Wähler:innen der Grünen Wirtschaftswachstum ab, während sich «bei den Anhängerschaften von SP sowie SVP und Personen ohne Parteibindung fast keine Tendenz ausmachen» lässt (die Wähler:innen anderer Parteien unterstützen Wirtschaftswachstum deutlich). Ausserdem sehen sowohl die Grünen- als auch die SP-Sympathisant:innen keinen grossen Handlungsbedarf im Bereich Migration, während bei allen anderen Parteien der wahrgenommene Handlungsbedarf tendenziell zunimmt; vgl StrategieDialog21: Chancenbarometer 2024: Das Einwanderungsland benötigt einen Umbau, 2024, [https://www.strategiedialog21.ch/files/sd21/images/chancenbarometer-09-2024/2024-09-09\\_CB24\\_Gesamtmagazin\\_FINAL.pdf](https://www.strategiedialog21.ch/files/sd21/images/chancenbarometer-09-2024/2024-09-09_CB24_Gesamtmagazin_FINAL.pdf).

Die Initiative erleichtert uns zum Glück diese Aufgabe, indem sie eindeutig festhält: Der Familiennachzug wird ab einer Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen abgeschafft – eine Zahl, die laut dem Bundesamt für Statistik (BFS) bereits 2030 erreicht sein wird.<sup>7</sup> Ab zehn Millionen (laut BFS 2035 zu erwarten<sup>8</sup>) werden die bilateralen Verträge gekündigt und das Asylrecht faktisch abgeschafft. Das Saisonnierstatut wird ebenfalls wieder eingeführt, da nur Personen, die über zwölf Monate in der Schweiz verbringen, zur ständigen Wohnbevölkerung zählen.

Wenn wir im Abstimmungskampf diese Forderungen der Initiative hervorheben, können wir eindeutig aufzeigen, dass die Initiative nicht nur extrem ist, sondern auch ein dunkles Kapitel der Schweizer Migrationsgeschichte wieder aufleben lassen will, als Saisonniers ein elendes Dasein in Bretterbuden fernab ihrer Familien fristeten. Wir müssen betonen, dass diese Initiative einen präzedenzlosen Bruch mit den Menschenrechten einläuten würde.

Dies bedeutet keineswegs, dass die falschen Nachhaltigkeitsargumente der SVP nicht entlarvt werden müssen. Erstens, weil Menschen intuitiv die Bevölkerungsgrösse mit deren Auswirkung auf die Umwelt verbinden.<sup>9</sup> Zweitens, weil diese Frage die Abstimmungskampagne indirekt prägen wird. Die SVP wird das Argument der «Zubetonierung» einsetzen und so ein Bild benutzen, das in der ökologischen Bewegung fest verankert ist und wohl ins Schwarze treffen könnte.

Dem Schreckensbild der zubetonierten Schweiz sollten wir im Abstimmungskampf wie folgt begegnen: Erstens ist das Problem nicht die Anzahl Menschen auf

7 Bundesamt für Statistik: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone, 2025–2055, 15. April 2025, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/zukuenftige-entwicklung/schweiz-szenarien.assetdetail.34687099.html>

8 Ebd.

9 StrategieDialog21: Chancenbarometer 2024.

der Erde – und schon gar nicht in der Schweiz –, sondern der Ressourcenverbrauch jeder einzelnen Person. Eine Schweiz mit zehn Millionen Christoph Blochers wäre tatsächlich von Genf bis Schaffhausen lückenlos zubetoniert. Wie bei allen Umweltfragen lautet die Antwort auch hier soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Verteilung von Ressourcen, Raum und Energie.

Zweitens haben die Initiant:innen keine Glaubwürdigkeit beim Thema Umweltschutz. Im Gegensatz zur komplexen Ecopop-Bewegungen ist SVP-Politik sehr eindeutig: Die Partei stimmt für mehr Autobahnen, eine stärkere Beanspruchung des Bodens durch Zweitwohnungen, gegen das Pariser Klimaabkommen und für Baubewilligungen in geschützten Naturräumen in der Schweiz. Man darf sich über die Absichten der SVP nicht täuschen lassen: Wenn man SVP-Politik umsetzen würde, wäre das ganze Mittelland schon längst zubetoniert und es gäbe einen dramatischen Zusammenbruch der Biodiversität.

Das Argument der Glaubwürdigkeit muss von den Gegner:innen der Initiative uneingeschränkt genutzt werden.

### Ökonomische Ungleichheit verhindert eine nachhaltige Schweiz

Der Zusammenhang zwischen verfügbarem Einkommen und Klimabelastung ist umfassend dokumentiert. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung sind seit 1990 für zwei Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.<sup>10</sup> Die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung gehört zu den reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung. Aus dieser Perspektive wird deutlich, wie unsere Klimabilanz

10 S. Schöngart/Z. Nicholls/R. Hoffmann/S. Pelz/C. Schleussner: High-income groups disproportionately contribute to climate extremes worldwide, in: *Nature Climate Change* 15/2025, S. 627–633.

von den geoökonomischen Realitäten geprägt wird. Zwei Überlegungen dazu: Erstens leiden selbst in einem der reichsten Länder der Welt viele Menschen unter prekären Lebensbedingungen. Gerade die bevorzugten Zielscheiben der SVP, nämlich Asylsuchende, Menschen ohne legalen Status und vorläufig Aufgenommene, leben häufig in einer Situation systemischer Prekarität. Würde die Schweiz mehr Menschen aufnehmen, die vor Konflikten oder prekären Verhältnissen in Drittländern fliehen, hätte es kaum eine Auswirkung auf die Klimabilanz der Schweiz.

Für eine nachhaltige Schweiz müssten, zweitens, angesichts des hohen Wohlstands in der Schweiz Einschränkungen geltend gemacht werden. Indem beispielsweise Privatjets verboten und Flugreisen reduziert werden, indem ein neuer Solarstandard für Bauten eingeführt und ein Ausstiegstermin für fossile Heizungen festgelegt wird. Man darf auch nicht vergessen, dass der Finanzplatz Schweiz global für mindestens das 18-Fache der Gesamtemissionen der Schweiz verantwortlich ist.<sup>11</sup> Der Ausstieg aus Investitionen in fossile Energien durch die Regulierung von Banken oder grossen multinationalen Unternehmen ist daher der wirksamste Weg, das globale Klima aus der Schweiz heraus zu schützen.

Es geht insofern nicht um die Anzahl der Menschen, die in der Schweiz leben, sondern um ihren Verbrauch an Ressourcen und fossilen Energien.

Dieser Beitrag hat zum Ziel, Denkanstösse und praktische Argumente für die Abstimmungskampagne in den Bereichen Raumplanung, Mobilität und Biodiversität zu teilen – für unsere Debatten auf der Strasse, am Arbeitsplatz, in der Familie und in der Öffentlichkeit.

11 Vgl. <https://finanzplatz-initiative.ch/>.

## Raumplanung

Die Entwicklung der überbauten Fläche in der Schweiz ist von der Bevölkerungszunahme entkoppelt. Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hat die überbaute Fläche in der Schweiz um ein Fünffaches zugenommen, während sich die Bevölkerung in derselben Periode nur verdoppelt hat.<sup>12</sup> Die zubetonierte Fläche nimmt also viel schneller zu als die Bevölkerung. Eine Reduktion der Zuwanderung hätte nur wenig Wirkung auf die Zersiedlung, weil vor allem der *durchschnittliche* Flächenverbrauch in der Schweiz stark zugenommen hat. Gründe dafür sind die Alterung der Bevölkerung und die Transformation des Familienmodells. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: «1980 wurden pro Person durchschnittlich 34 m<sup>2</sup> bewohnt, 1990 waren es 39 m<sup>2</sup> und im Jahr 2000 bereits 44 m<sup>2</sup>.»<sup>13</sup> Die Zunahme erfolgt inzwischen deutlich langsamer. 2021 erreichte der Flächenverbrauch pro Kopf 46,6 m<sup>2</sup> und: «seit 2005 ist die durchschnittliche Wohnfläche bei neugebauten Wohnungen rückläufig».<sup>14</sup>

Im Flächenverbrauch gibt es erhebliche Ungleichheiten. Obwohl der durchschnittliche Wohnraum pro Person im Laufe der Zeit zugenommen hat, konnten längst nicht alle von dieser Komfortsteigerung gleichermassen profitieren. Der Besitz von Wohneigentum korreliert zum Beispiel mit einem grösseren Flächenverbrauch.<sup>15</sup> Mit der Ausbreitung der Städte sind Einfamilienhäuser zunehmend zu einem Luxusgut geworden. Jedoch stellen sie weiterhin 60 Prozent des Wohnbestandes dar, obwohl

12 T. Angeli/D. Benz: Wie die Schweiz zubetoniert wird – und was dagegen hilft, in: Beobachter vom 27. September 2018.

13 C. Sommaruga: Wohnfläche pro Kopf. Analyse des Pro-Kopf-Wohnflächenverbrauchs und Strategie für einen gerechteren und faireren Wohnflächenverbrauch, Postulat ans Schweizer Parlament 23.3427. 17. März 2023, <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20233427>.

14 Ebd.

15 Ebd.

sie nur 27 Prozent der Bevölkerung beherbergen. Die Ungleichheiten sind offensichtlich: Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person sind in einem Einfamilienhaus 25 Prozent grösser als in einem Mehrfamilienhaus, auch ohne die sonstige Grundstücksfläche zu berücksichtigen. Dabei soll nicht vergessen gehen, dass die Hälfte der Einfamilienhäuser von maximal zwei Personen bewohnt wird.<sup>16</sup>

Christoph Blocher ist das beste Beispiel dafür: Mit ca. 3.000 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche pro Person bewohnt er fast sieben Mal so viele Fläche wie ein:e durchschnittliche:r Bewohner:in des Landes. Seine Zweitwohnungen, zu denen das Schloss Rhäzüns mit mindestens 500 m<sup>2</sup> Grundfläche zu seinem ausschliesslichen persönlichen Eigenbrauch gehören, sind da noch nicht einmal mitgezählt.

Auf der anderen Seite hat Armut ebenfalls direkte Auswirkungen auf die Wohnverhältnisse. Wie das Bundesamt für Statistik schreibt: «Von Armut oder prekären Lebenslagen betroffene Haushalte leben ausserdem häufiger als andere in beengten Verhältnissen, in Wohnungen mit mangelnder Qualität oder an schlechter Lage, beispielsweise mit Verkehrsbelästigung oder schlechter Verkehrsanbindung. Für Personen, die in den grossen Agglomerationen und Städten wohnen, ist die Situation noch schwieriger, da der Wohnungsmarkt dort besonders angespannt ist.»<sup>17</sup> Da insbesondere Migrant:innen aus Südeuropa und dem globalen Süden ein grösseres Armutsrisiko haben<sup>18</sup> als Personen mit Schweizer Bürgerrecht,

16 Wüest Partner: Das Verdichtungspotenzial von Einfamilienhausparzellen. 29. Juni 2023, <https://www.wuestpartner.com/ch-de/2023/06/29/das-verdichtungspotenzial-von-einfamilienhausparzellen-realisierbar-oder-nur-theoretisch/>.

17 Bundesamt für Wohnungswesen: Wohnen und Armut, 13. Juni 2024, <https://www.bwo.admin.ch/de/wohnen-und-armut>.

18 Bundesamt für Statistik: Armutsgefährdung, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, 2025, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/armut-deprivation/armutsgefaehrung.asset-detail.34487031.html>.

ist die Zersiedlung eher auf die Wohnaspirationen der Schweizer Bevölkerung als auf die zugewanderter Personen zurückzuführen.

Diese Entwicklungen sind nicht unabwendbar. Der Zersiedlungstrend wurde nach der Annahme des Raumplanungsgesetzes im Jahr 2013 stark gebremst – wobei die SVP sich erbittert gegen das Gesetz gewehrt hatte. Das Prinzip der neuen Raumplanung ist einfach: Bereits bestehende Bauzonen werden verdichtet und nach innen weiterentwickelt. So wurden gemäss dem Bundesamt für Raumentwicklung in den Jahren nach der Implementation des Gesetzes 390 Hektar Baufläche ausgezont und dürfen nicht mehr überbaut werden.<sup>19</sup> Mehr Personen leben und arbeiten heute auf der gleichen Fläche als noch 2012: Die Bauzonenfläche pro Kopf ist von 309 m<sup>2</sup> im Jahr 2012 (damals hatte die Schweiz fast 8 Millionen Einwohner:innen) auf 282 m<sup>2</sup> im Jahr 2022 (mit 8,8 Millionen Einwohner:innen) zurückgegangen.<sup>20</sup> Diese Statistiken zeigen, dass die Migration nicht mit dem Flächenverbrauch korreliert. Es braucht vielmehr politische Entscheidungen im Bereich Bodenschutz, um die Zubetonierung der Schweiz zu stoppen.

Eine Studie der Immobilienfirma Wüest Partner hat berechnet, wie viele zusätzliche Einwohner:innen innerhalb der bestehenden Bauzonen in der Schweiz ein neues Zuhause finden könnten: Eine Million auf der bereits überbauten Fläche bzw. 1,5 Millionen auf noch nicht überbauten Flächen.<sup>21</sup> Eine 11,5-Millionen-Schweiz wäre innerhalb bestehender Bauzonen möglich.

Damit dies sozial verträglich gelingen kann, ist die Qualität der Bau- und Siedlungsprojekte von zentraler

19 Bundesamt für Raumentwicklung: Zehn Jahre RPG1, Mai 2024, <https://www.are.admin.ch/dam/de/sd-web/atj8PvuNuDLx/standbericht-zehn-jahre-rpg1.pdf>.

20 Ebd.

21 Espazium: La LAT1 était en avance sur son temps, 13. Mai 2024, <https://www.espazium.ch/fr/actualites/la-lat-1-etait-en-avance-sur-son-temps>.

Bedeutung. Leider ist sie zurzeit nicht (immer) gegeben, weil Immobilienspekulation, das Fehlen von Boden im Besitz der öffentlichen Hand und ein zu schwacher politischer Wille zu niedriger Siedlungsqualität führen. Quartiere mit gleicher Wohndichte können für die Bewohner:innen Himmel oder Hölle sein. Für hohe Lebensqualität benötigen wir grüne, autofreie Siedlungen, öffentliche Räume, Parks, Nachbarschaftsläden, gemeinnützigen Wohnungsbau dank Wohnbaugenossenschaften und öffentliche Infrastruktur wie Kitas, Schulen und Betreuungsinstitutionen für ältere Menschen. Beispiele dafür sind Kalkbreite in Zürich oder das Warmbächli in Bern.

### Die Herausforderung liegt ausserhalb der Bauzonen

Die Situation innerhalb der Bauzonen hat sich entschärft. Die Herausforderung liegt heutzutage ausserhalb der Bauzonen. Ein Drittel aller Bauten befindet sich dort. Davon besteht wiederum ein Drittel aus Wohngebäuden. Die Anzahl landwirtschaftlicher Gebäude ausserhalb von Bauzonen ist ebenfalls hoch. Jedes Jahr wird Ackerland aufgegeben und der Wandel in der Landwirtschaft könnte dazu führen, dass landwirtschaftliche Gebäude zunehmend als Wohnraum genutzt werden. Auch der Tourismus trägt weiterhin zur Zersiedlung des Landes bei. 36 Prozent aller Wohnungen im Wallis und 37 Prozent aller Wohnungen in Graubünden sind Zweitwohnungen. Obwohl dieser Trend durch die Initiative «Schluss mit Zweitwohnungen» gebremst wurde, gibt es weiterhin mehrere Möglichkeiten, diese Initiative zu umgehen, beispielsweise durch die Vermietung von Ferienwohnungen. Die Zunahme von Zweitwohnungen hat nichts mit der Zuwanderung von Arbeitnehmer:innen oder schutzbedürftigen Menschen zu tun, ausser dass der Tourismus

ohne ausländische Arbeitskräfte, die 44 Prozent der Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe ausmachen, gar nicht funktionieren würde.

Es geht der SVP nicht darum, behördliche Massnahmen zur Vorbeugung der Zersiedlung zu fördern, sondern mit falschen Argumenten eine fremdenfeindliche Rhetorik zu bedienen. Der Beweis: Sie hat sich gegen die Beschränkung von Zweitwohnungen ausgesprochen, obwohl diese Massnahme bei der Eindämmung der Zubetonierung der Schweiz eine Schlüsselrolle spielt. Sie hat sich auch gegen die Revision des Raumplanungsgesetzes ausgesprochen, das eine strikte Trennung zwischen Bauzonen und Nicht-Bauzonen vorsieht und die Verdichtung bereits überbauter Gebiete zu einem zentralen Ziel erhebt. Im Parlament setzen sich die SVPler:innen besonders stark für die Aushöhlung der Grundsätze des Raumplanungsgesetzes ein, manchmal mit Erfolg.

Wie bei allen Ressourcen braucht es auch beim Boden eine Umverteilungspolitik, um eine Vereinnahmung durch eine sehr reiche Minderheit zu verhindern, und Schutzmassnahmen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Ohne soziale Gerechtigkeit und Umweltschutzmassnahmen wird die Zersiedlung weiter gehen.

### Mobilität

Mobilität ist der Bereich, in dem die Zubetonierung und die ökologische Belastung gleich jetzt massiv reduziert werden könnten. Die Hälfte der Pendler:innen fährt mit dem eigenen Auto zur Arbeit. Trotz massiver Investitionen in die Bahn und den öffentlichen Verkehr hat sich dieser Anteil seit den 1990er-Jahren nicht verändert. Mit einer Auslastung von 1,1 Personen pro Fahrzeug beanspruchen Autos besonders viel Fläche. Bei 4,7 Millionen zugelassenen Autos, die alle auf 10 m<sup>2</sup> grossen Parkplätzen abgestellt

werden müssen, kommt man auf mindestens 47 km<sup>2</sup> Parkfläche für Autos in der Schweiz, was fast der Gesamtfläche der Stadt Bern entspricht.

Was die Klimabilanz der Mobilität angeht, schneiden der Fuss- und Veloverkehr natürlich am besten ab. Für längere Strecken ist der Zug in der Schweiz besonders ökologisch, da er fast nur mit Ökostrom fährt.<sup>22</sup>

Lösungen für eine klimafreundliche, lärmarme und platzschonende Mobilität sind vorhanden, werden aber unabhängig vom Bevölkerungswachstum in der Schweiz nicht ausreichend umgesetzt. Viele befürchten überfüllte öffentliche Verkehrsmittel. Aber unsere Züge weisen eine durchschnittliche Auslastung von nur einem Drittel auf. Ausserhalb der Spitzenzeiten sind die Züge grundsätzlich nicht voll und haben ein grosses Potenzial, mehr Reisende aufzunehmen. Deshalb müssen wir darauf setzen, dass Stundenpläne von Bildungseinrichtungen angepasst werden und vermehrt die Möglichkeit angeboten wird, im Home Office arbeiten zu dürfen, damit Pendlerströme verteilt und reduziert werden.

Anstatt die Wirkung der Investitionen in den Schienenverkehr durch ebenso hohe Investitionen in den Strassenverkehr zu schwächen, soll die Politik eine klare Entscheidung treffen und die effizientesten Verkehrsträger eindeutig bevorzugen. Die Frage der Preise im öffentlichen Verkehr ist ebenfalls entscheidend, um Menschen in Ballungsräumen für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen. Die Kosten des Autoverkehrs sind inflationsbereinigt gesunken, während die Preise für Bahnreisende ständig gestiegen sind.<sup>23</sup> Die Ticketpreise im öffentlichen Verkehr

22 SBB: E-Auto oder Zug? Und ist das E-Velo wirklich so nachhaltig?, 6. Mai 2022, <https://news.sbb.ch/artikel/111186/e-auto-oder-zug-und-ist-das-e-velo-wirklich-so-nachhaltig>.

23 Vgl. z. B. UmverkehrR: Medienkommentar zu den neuen Zahlen des Preisüberwachers, 3. September 2024, <https://www.umverkehr.ch/aktuell/medienmitteilungen/2024-09-03/medienkommentar-zu-den-neuen-zahlen-des-preisueberwachers>.

müssen unbedingt gesenkt werden, damit Bahn, Tram und Bus zu einem echten Service Public werden.

Die Hälfte aller in der Schweiz zurückgelegten Wege sind unter fünf Kilometer. Hier ist das Velo die praktikabelste Alternative. Es fehlt jedoch überall an sicherer, zusammenhängender Veloinfrastruktur, um einen grösseren Teil der Bevölkerung zu einem Wechsel auf ein Velo mit oder ohne Elektroantrieb zu bewegen.

Um die aktuellen Mobilitätsprobleme zu lösen, braucht es einen politischen Wandel. Eine Schweiz mit zehn, elf oder zwölf Millionen Fussgänger:innen, Velofahrer:innen oder Nutzer:innen öffentlicher Verkehrsmittel wird die Umwelt weniger belasten und weniger Fläche beanspruchen als eine Schweiz mit acht Millionen Autofahrer:innen.

## Biodiversität

Der Zustand der Biodiversität in der Schweiz ist besorgniserregend. Die Initiant:innen der «Nachhaltigkeitsinitiative» argumentieren, dass eine Bevölkerungszunahme den Druck auf unsere Naturräume erhöht und wir gleichzeitig den heutigen Selbstversorgungsgrad an Nahrungsmitteln (der Nettowert liegt bei ca. 50 Prozent) erhalten müssen. Wenn wir mehr Menschen ernähren müssen, brauchen wir mehr Ackerfläche, so die Argumentation. Was diese Vision jedoch ausser Acht lässt, ist der nötige Wandel im Gesamtsystem der Lebensmittelproduktion.

Verschiedene Aspekte müssen dabei berücksichtigt werden: Erstens fordert die von der Bundesverwaltung ausgearbeitete «Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050»<sup>24</sup> eine Änderung unserer Essgewohnheiten.

<sup>24</sup> Bundesamt für Landwirtschaft: Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050, 27. Januar 2025, <https://www.blw.admin.ch/de/klimastrategie-landwirtschaft-und-ernaehrung-2050>.

Die Rettung von Lebensmitteln hat grosses Potenzial. Wir verschwenden gegenwärtig ein Drittel unserer Lebensmittel. Der Konsum von tierischen Produkten muss reduziert werden, da fast 60 Prozent der hiesigen Ackerfläche für den Anbau von Futtermitteln verwendet werden. Wenn wir unsere Systeme der Lebensmittelversorgung ändern würden, könnten wir die Biodiversität besser schützen und gleichzeitig mehr Menschen ernähren.

Setzt sich die SVP dafür ein? Nein. Sie streut Sand ins Getriebe von Reformen und hat auch alles daran gesetzt, einen Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative zu verhindern, der finanzielle Mittel für den Naturschutz freigesetzt hätte. Leider war sie damit erfolgreich.

Echte Nachhaltigkeitspolitik ist global  
und humanistisch

Inzwischen wird deutlich geworden sein, dass nicht jeder Mensch die Umwelt gleich stark belastet. Vielmehr tragen einige sehr reiche Menschen einen grossen Teil der Verantwortung. Neben dieser Ungleichheit verhindern auch nationalistische Perspektiven auf globale Probleme eine wirklich nachhaltige Schweiz.

Die globale Klimakrise macht nicht an der Grenze Halt. Jedes Gramm CO<sub>2</sub>, das in die Atmosphäre gelangt – sei es in der Schweiz oder in Kathmandu – hat die gleichen Auswirkungen und belastet die Umwelt weltweit, sodass es nur globale Antworten darauf geben kann. Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt, hat einen bedeutenden Finanzplatz und beherbergt zahlreiche Konzerne, die Handel mit Öl, Kohle oder anderen Rohstoffen treiben. Sie trägt daher heute indirekt sehr stark zur globalen Erderwärmung bei. Wir müssen einen entsprechenden Beitrag zur Lösung leisten.

Die Schweiz trägt ebenfalls Verantwortung für die Aneignung von Ressourcen, die Unterstützung korrupter Regime und die soziale und ökologische Zerstörung der Länder des globalen Südens. Diese Herausforderungen zeigen, dass nationalistische Denkweisen Teil des Problems und nicht Teil der Lösung sind, wenn es um den Klimawandel geht. Und gerade die Uneinheitlichkeit der Regeln in der weltweiten Steuer-, Umwelt- und Sozialpolitik macht es möglich, dass die Schweiz so grosse Schäden anrichtet.

Bei der Bekämpfung der SVP-Initiative müssen wir immer wieder betonen, dass der Egoismus einer kleinen Minderheit die Lebensbedingungen der Menschen auf dem gesamten Planeten bedroht – auch bei uns der Schweiz – und dass Nachhaltigkeit Multilateralismus und universelle Entscheidungen voraussetzt.

Ein weiteres Ziel der «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP ist es, die Beziehungen zur Europäischen Union abzubauen. Nun hinkt die Schweiz in der Regel der europäischen Klima- und Umweltpolitik hinterher: Sie hat deren CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus nicht übernommen und sagt Nein zum europäischen Klimafonds, der vom europäischen Green New Deal inspiriert wurde. Der Bundesrat betreibt lieber Klimadumping, indem er im Ausland CO<sub>2</sub>-Ausgleichszertifikate kauft, anstatt massiv in die Energiewende zu investieren. Auch bei der Entwicklung erneuerbarer Energien wie Solar- und Windenergie harzt es in der Schweiz mehr als in Europa. Es ist daher zu befürchten, dass mit einem Abdriften der Schweiz von der Europäischen Union eine Verlangsamung unserer Klimapolitik einhergehen könnte.

Die Ökologie hat eine konservative Seite: Die Natur, die Umwelt und das Klima müssen vor den schädlichen Eingriffen menschlicher Aktivitäten geschützt werden. Aber Ökologie ist auch humanistisch. Es geht darum, jedem

Menschen ein harmonisches Leben in seiner eigenen Umwelt zu ermöglichen. Der Schutz der Natur und des Klimas erfolgt im Interesse der Menschheit, um deren Ernährung und Gesundheit zu ermöglichen und so die Lebensgrundlagen aller Menschen rund um den Globus zu sichern. Dafür muss Solidarität im Mittelpunkt stehen:

Solidarität mit dem globalen Süden, der unter den Auswirkungen der Klimakrise besonders stark leidet.

Solidarität mit benachteiligten Menschen, die stärker unter den Auswirkungen von Hitzewellen oder Umweltzerstörung leiden.

Solidarität mit zukünftigen Generationen, denen wir einen lebenswerten Planeten hinterlassen möchten.

Zur Antwort gehören daher auch soziale und globale Gerechtigkeit.

Angesichts einer weiteren fremdenfeindlichen Initiative der SVP müssen die ökologischen Bewegungen daher vereint für eine offene und solidarische Schweiz eintreten. Sie müssen soziale und globale Gerechtigkeit auch in Umweltfragen einfordern. Sie müssen auf eine nachhaltige Schweiz pochen, die ihre globale Klima- und Umweltverantwortung ernst nimmt.